

Polizei empört Gemeinden

Kanton will Bussengelder der Baselbieter Gemeinden kassieren

DANIEL SCHINDLER, MICHAEL ROCKENBACH

BaZ, 26.1.2009

Die Baselbieter Polizei will in allen Gemeinden Geschwindigkeitskontrollen durchführen. Dagegen regt sich massiver Widerstand – auch aus Sicherheitsgründen.

Die grossen Baselbieter Gemeinden haben ihre Polizeien in den vergangenen Jahren zum Teil stark ausgebaut. Ihr Ziel: mehr Kontrollen und mehr Sicherheit auf den Strassen. Die Investitionen sind beträchtlich, doch sie zahlen sich aus. Muttenz rechnet zum Beispiel im laufenden Jahr mit 300 000 Franken Busseneinnahmen. Nun macht die Baselbieter Polizei den Gemeinden diese Einnahmen aber streitig. Polizeikommandant Daniel Blumer drängt darauf, dass die Radarkontrollen in allen Gemeinden künftig nur noch von seinen Einsatzkräften durchgeführt werden. Als Kompensation für die entgangenen Bussen will er den Kommunen 30 Prozent der Einnahmen überlassen.

Damit lassen sich die grossen Gemeinden wie Reinach, Allschwil, Liestal, Muttenz und andere, die die Lizenz zum Blitzen haben, aber nicht abspesen. Den Behörden in Liestal werfen sie vor, nur an die Einnahmen zu denken und damit die Sicherheit aufs Spiel zu setzen. Die Dorfpolizeien könnten besser beurteilen, wel-

che Strassenabschnitte besonders gefährlich seien und besser überwacht werden müssten. In Reinach wird die Kantonspolizei zudem scharf kritisiert, weil sie bei einer neuen Aufgabenverteilung angeblich nicht einmal bereit wäre, das Material der Gemeindepolizei zu übernehmen. Dabei hat Reinach eben erst zwei Radargeräte für 250 000 Franken gekauft.

AUSSPRACHE. Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion, beschwichtigt: «Noch ist nichts entschieden.» Bei einem Treffen mit den Kantons- und Gemeindevertretern könnten noch weitere Modelle zur Aufgabenverteilung vorgeschlagen werden. Es stehe aber fest, dass die Kontrollen in den Gemeinden besser koordiniert werden müssten. Und für diese Aufgabe drängt sich nach Ansicht von Mathis die Kantonspolizei auf.

Einfach werden die Gemeinden aber nicht zu überzeugen sein. Schon beim letzten Streit um die Polizei haben sie sich durchgesetzt. Die Polizei wollte den Gemeinden für unterstützende Einsätze Millionen in Rechnung stellen. Nach längeren Auseinandersetzungen konnte der Kanton 2008 bloss 14 000 Franken geltend machen. > SEITE 24

Donnerwetter wegen Radarblitzern

Baselbieter Polizei will Kontrollen in Gemeinden ausbauen und stösst auf Widerstand



Begehrte Aufgabe. Kanton und Gemeinden streiten, wer die Radarkästen bedienen und die Bussen einnehmen darf.

Foto Dominik Plüss

Kontrollen durchzuführen. Die Folgen wäre gerade in MuttENZ gravierend, befürchtet er: «Im Bereich Schweizerhalle haben wir Strassen, auf denen Gefahrgut transportiert wird – dort muss besonders intensiv kontrolliert werden.» Ähnlich argumentiert Urs Hintermann, Gemeindepräsident von Reinach: «Die Baselbieter Polizei setzt ihre Prioritäten aus kantonaler Sicht. Wir dagegen können unsere Prioritäten aus unserer unmittelbaren Sicht setzen.»

HUNDERTTAUSENDE FRANKEN.

Auch finanziell sind die Radarkontrollen für die Gemeinden wichtig – und für den Kanton interessant. Münchenstein rechnet für 2009 mit rund 200 000 Franken Busseneinnahmen dank der Blitzkästen, MuttENZ mit 300 000 Franken. Und Bottmingen hat 2008 rund 37 000 Franken eingenommen. Mit einer Ausdehnung der Radarkontrollen auf alle Gemeindestrassen könnte die Baselbieter Polizei jährlich weit über eine Million Franken mehr einnehmen.

In Polizeikreisen wird darüber spekuliert, dies sei der eigentliche Grund für den Vorschlag des Polizeikommandanten. Mit dem Geld solle die Reorganisation der Baselbieter Polizei möglichst weitgehend finanziert werden. Diese kostet einmalig rund 2,7 Millionen Franken. Die zusätzlich wiederkehrenden Kosten belaufen sich auf rund 540 000 Franken. Die Sicherheitsdirektion bestreitet einen Zusammenhang (vgl. Interview unten).

DANIEL SCHINDLER

Die Baselbieter Polizei will auf allen Gemeindestrassen Radarkontrollen durchführen können. Die Gemeinden warnen vor einem Verlust an Sicherheit und weigern sich, auf die Busseneinnahmen zu verzichten.

Verunsicherung herrscht bei den Sicherheitsverantwortlichen in vielen Baselbieter Gemeinden. Schuld ist ein Vorschlag aus Liestal: Künftig will die Baselbieter Polizei sämtliche Radarkontrollen auf Kantonsgebiet durchführen – auch auf Gemeindestrassen. Diese Aufgabe übernimmt die Polizei

des Kantons teilweise schon heute, aber nicht überall. Zwischen 1991 und 1999 erhielten neun Gemeinden eine Sonderbewilligung für Geschwindigkeitskontrollen: Münchenstein, MuttENZ, Liestal, Binningen, Bottmingen, Reinach, Allschwil, Pratteln und Birsfelden.

Ihre Vertreter wurden im September 2008 an eine Sitzung nach Liestal gebeten – zusammen mit jenen der Gemeinde Aesch, die ebenfalls Radarkontrollen durchführen will. Ihren Antrag lehnte die Baselbieter Regierung aber ab. An dieser Sitzung eröffnete Daniel Blumer, Kommandant der Ba-

selbieter Polizei, seinen Plan, die Kontrollen auf allen Strassen zu übernehmen.

«Wir sind nicht erfreut», sagt Franziska Adler, die stellvertretende Gemeindeverwalterin von Bottmingen, dazu. «Unsere Leute können auf Hinweise aus der Bevölkerung rascher reagieren, als die Kantonspolizei.»

SICHERHEITSBEDENKEN. Mit ihrer Kritik steht Adler nicht alleine da. «Wir werden mit allen Mitteln dafür kämpfen, dass wir diese Aufgabe weiterhin wahrnehmen können», sagt Béatrice Grieder, Gemeinde-

verwalterin von Münchenstein. Sie fürchtet, die Gemeindepolizei könnte künftig nicht mehr so qualifiziertes Personal wie heute anstellen, «wenn nur noch untergeordnete Aufgaben übrig bleiben und der Rest an die Kantonspolizei geht».

Für Urs Girod, Gemeindeverwalter von MuttENZ, stellt sich zudem die Sicherheitsfrage. Die Baselbieter Polizei könne die Geschwindigkeit auf den Gemeindestrassen kaum konsequent kontrollieren, sagt er. Sie habe zu wenig Kapazitäten, um sowohl in den Tempo-30-Zonen, als auch bei den fünf Schulhäusern regelmässig

«Kontrollen müssen besser koordiniert werden»

Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion, weist die Vorwürfe der Gemeinden zurück

INTERVIEW: DANIEL SCHINDLER

Nicht um Geld, sondern um Sicherheit geht es für Stephan Mathis bei der Diskussion, welche Polizei künftig wo den Blitzler aufstellt.

BaZ: Herr Mathis, Radarkontrollen auf Gemeindestrassen würden der Baselbieter Polizei jährlich mehrere hunderttausend Franken bringen. Brauchen Sie das Geld so dringend?

STEPHAN MATHIS: Nein, darum geht es überhaupt nicht. Das Modell, wonach der Kanton die Geschwindigkeitskontrollen übernehmen könnte, ist nur ein mögliches unter mehreren. Wir werden es den Gemeinden an der Ar-

beitstagung vom 29. Mai genau vorstellen. Entschieden ist noch nichts. Wir erwarten, dass weitere Modelle vorgebracht werden.

In Polizeikreisen wird gemunkelt, der Kanton wolle vor allem die Reorganisation finanzieren.

Das ist absurd. Der Landrat hat der Vorlage und damit auch den Kosten der Optimierung zugestimmt.

Was spricht dafür, dass Ihre Leute die Kontrollen machen?

Vor allem, dass die Kontrollen besser abgestimmt werden können. Denn der Koordinationsaufwand ist derzeit erheblich und der Verkehrssicherheit nicht förderlich.

Aber kennen die Ortspolizisten ihr Gebiet nicht besser?

Die Kantonspolizei hat ihre Stützpunkte und Posten in den Gemeinden. Zudem: Die Polizei Basel-Landschaft führt schon heute in mehreren Gemeinden Geschwindigkeitskontrollen durch. Im Weiteren führt sie auf Wunsch der Gemeinden an bestimmten Standorten zusätzliche Kontrollen durch.

Hat die Baselbieter Polizei genug Personal für diese Aufgabe?

Wenn ein neues Modell realisiert würde, müsste man die Personalsituation selbstverständlich neu abklären.

Polizeikommandant Daniel Blumer hat vorgeschlagen, den Gemeinden 30 Prozent der Bussen zufließen zu lassen,

wenn die Baselbieter Polizei die Kontrollen übernimmt. Weshalb?

Den Gemeinden würden ja mit dem Wegfall der Kontrollen gewisse Einnahmen entgehen. Diese könnten so kompensiert werden.

Die Gemeinden befürchten, schlechter qualifiziertes Personal zu bekommen, wenn die Ortspolizei nur noch «untergeordnete» Aufgaben hat.

Wir diskutieren nicht nur über Geschwindigkeitskontrollen, sondern über die Aufgabenverteilung insgesamt. Wir wollen Gemeinden keineswegs untergeordnete Aufgaben zuweisen. Die Stärke der Ortspolizei liegt im direkten Kontakt mit den Bürgern. Dafür braucht es Sozial- und Sachkompetenz.

